

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 1 SEITE

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Nürnberg, 17. September 2015

Flüchtlinge in Nürnberg

„Die ganze Stadtgesellschaft ist gefragt.“

Über 5.500 Flüchtlinge sind nach aktuellem Stand in Nürnberg untergebracht. Die meisten von ihnen werden nach Ansicht der SPD für eine lange Zeit bleiben. „Die Bedrohungslage für Leib und Leben in ihren Herkunftsländern wird sich schon allein wegen der politischen Instabilität dort auf absehbare Zeit nicht verbessern“, ist sich Thorsten Brehm, Vorsitzender der SPD Nürnberg, sicher.

„Wir stehen nun vor einer großen Integrationsaufgabe“, meint die Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Anja Prölß-Kammerer. „Diese kann nur gelingen, wenn die ganze Stadtgesellschaft mit anpackt, unsere Kirchen und Vereine sich öffnen und Unternehmen den Flüchtlingen eine Chance auf Arbeit oder Ausbildung geben.“

Für Brehm und Prölß-Kammerer ist das bisherige Engagement der hauptamtlichen und insbesondere auch der vielen ehrenamtlichen Kräfte beeindruckend. „Das ist ein schönes Zeichen, dass von Nürnberg ausgeht“, meinen die beiden und werben um Verständnis, dass aktuell für die vielen Neuankömmlinge vorübergehend wieder Turnhallen belegt werden müssen. Diese Form der Unterbringung ist eine vorübergehende Notlösung bis andere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Für die beiden SPD-Politiker ist aber wichtig, dass sich die Sozialpolitik nicht alleine auf die Flüchtlinge fokussiert. „Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt trifft alle, gerade die Einkommensschwachen. Unser Ziel muss es sein insgesamt mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir tun auf städtischer Ebene unser Möglichstes und müssen schauen, wie wir einige Verfahren noch beschleunigen können. Jetzt ist aber auch der Bund gefragt, den sozialen Wohnungsbau finanziell weiter anzuschieben.“

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt fordert der SPD-Vorsitzende neben den Flüchtlingen auch das Thema Langzeitarbeitslosigkeit wieder stärker in den Blickwinkel zu rücken. „Soziale Teilhabe entscheidet sich vor allem an der Frage, ob man mit Kolleginnen und Kollegen zur Arbeit gehen und sich austauschen kann. Deswegen dürfen in diesem Bereich unsere Bemühungen nicht nachlassen“, fordert Brehm. Ein entsprechendes Expertenhearing hat die SPD im Stadtrat bereits beantragt, um über weitere Maßnahmen zu diskutieren.